

angenommen

abgelehnt

nicht behandelt

überwiesen an:

Landesparteitag

Bürgerschaftsfraktion

**Olympische Sommerspiele in Hamburg –
Auswirkungen auf Mieter, öffentliche Haushalte und Umwelt genau untersuchen –
Kleiner Grasbrook muss in öffentlicher Hand bleiben!**

Der SPD Distriktvorstand Schnelsen legt der **KDV Eimsbüttel** zur Weiterleitung an den **Landesparteitag** und an die **SPD-Bürgerschaftsfraktion** den nachfolgenden Antrag vor mit der Bitte um Berücksichtigung bei der weiteren Willensbildung und bei der weiteren Abstimmung der Vorgehensweise hinsichtlich Machbarkeitsprüfung, Vergabekriterien des IOK und Stakeholder-Auswirkungen.

Die SPD Hamburg fordert die SPD Bürgerschaftsfraktion und den Senat auf, eine mögliche Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024 oder später davon abhängig zu machen,

- wie das Ergebnis der Machbarkeitsstudie ausgefallen ist;
- ob der Auftragsumfang der Machbarkeitsstudie eine ergebnisoffene und alle relevanten Stakeholder-Interessen untersuchende Fragestellung beinhaltet;
- ob insbesondere die Auswirkungen auf das Neuvermietungs-Preisniveau und die Bestandsmieten genau und hochaufgelöst untersucht, nachvollziehbar und transparent prognostiziert werden;
- ob mögliche proaktive Massnahmen und die dafür verantwortlichen Akteure zur Verhinderung eines Mietpreisanstiegs untersucht und benannt werden;
- ob genau aufgeschlüsselt wird, welche Interessengruppen von diesem Großprojekt und den öffentlichen Großinvestitionen profitieren und welche Interessengruppen Einschränkungen und finanzielle Einbußen hinnehmen müssen;
- ob eine endgültige Privatisierung vorgesehener öffentlicher Flächen z.B. auf dem Kleinen Grasbrook ausgeschlossen ist, die FHH an der Entwicklung und Ertragssteigerung der Flächen dauerhaft und angemessen partizipiert und auch in der Zukunft Eigentümerin mit gestaltendem und mitbestimmendem Einfluss auf die weitere Nutzung und Verwendung bleibt;
- ob Risiken für den öffentlichen Haushalt und eine mögliche Verletzung der Schuldenbremse ausgeschlossen sind;
- ob die Vergabekriterien des IOK die Dimensionen „Nachhaltigkeit“, „Anschlussnutzung“ und „Klimaschutz“ deutlich stärker als bei bisherigen Vergaben berücksichtigen;
- wie das Ergebnis der Befragung der Bevölkerung im Sinne eines Referendums ausgefallen ist.

Begründung

Die Handelskammer hat Anfang 2014 die Idee einer Bewerbung der Stadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele im Jahr 2024 oder später in die öffentliche Diskussion gebracht. Durch die Entscheidung des DOSB im April 2014 diesen Weg grundsätzlich zu unterstützen beginnt nun die öffentliche Diskussion in Hamburg. Im Unterschied zur Debatte im Jahre 2004, bei der eher emotional mit dem Motto „Feuer und Flamme für Olympia in Hamburg“ über die damalige Bewerbung Hamburgs diskutiert wurde, überwiegt 2014 die sachliche und nüchterne Nutzen/Kosten-Debatte.

Das ist für die Vorbereitung der Entscheidung auch der richtige Weg. Bei den bisher von der Handelskammer eingebrachten Bewertungs- und Positionspapieren werden volkswirtschaftliche Nutzen/Kostenfaktoren gegenübergestellt, die im Ergebnis zu einem positiven Ergebnis kommen. Hauptbegründung dafür ist

- eine Verwertung (Veräusserung) der vorgesehenen städt. Flächen auf dem Kl. Grasbrook an Projektentwickler;
- Tourismuseffekte;
- Steigerung der Attraktivität für Fachkräfte und Unternehmensansiedlung;
- Investition in die Infrastruktur (Sportanlagen, ÖPNV).

Bei den bisher vorliegenden sehr groben Kosten-/Nutzen-Analysen fehlen jedoch ganz wesentliche Fragen und Antworten, die im o.g. Antrag zusammengefasst worden sind. Die wichtigste dabei ist die Frage nach den Auswirkungen auf den verfügbaren finanziellen Spielraum der Hamburger Bevölkerung, gemessen nach Abzug von Miete und Lebenshaltungskosten vom monatlichen Einkommen.

Unklar ist in den bisher vorgelegten Analysen der Handelskammer, wer eigentlich profitiert von den Investitionen, wer möglicherweise Abstriche machen muss und wie die Auswirkungen auf die öff. Haushalte und die Hamburger Schuldenbremse sind. Wir lehnen in diesem Zusammenhang eine endgültige und unwiderrufliche Privatisierung der vorgesehenen Flächen auf dem Kl. Grasbrook ab. Es müssen dagegen Konzepte und Konstruktionen gefunden werden, die einerseits die Interessen der Projektentwickler berücksichtigen, zum Anderen aber auch die Eigentumsfrage unangetastet lassen und den dauerhaften Einfluss auf die zukünftige Weiterentwicklung und Nutzung dieser Flächen bei der Stadt Hamburg belassen und eine dauerhafte Partizipation an den Erträgen für die Stadt Hamburg sichert. Ansonsten würden die Gewinne aus Olympia privatisiert und die Kosten, Infrastruktur-Investitionen und Risiken sozialisiert.

Aber auch die Vergabekriterien des IOK müssen stärker als bisher Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaauswirkungen und die Anschlussnutzung der getätigten Investitionen berücksichtigen als bisher.

Und schließlich muss am Ende der Vorbereitungsphase für die Bewerbung die Hamburger Bevölkerung befragt werden im Sinne eines Referendums. Nur ein breiter gesellschaftlicher Konsens über das Ob und das Wie wird mögliche Olympische Sommerspiele in Hamburg zu einem Erfolg werden lassen.